

Tellkamp, Suhrkamp und die Meinungsfreiheit

Zur Debatte um Aussagen des Dresdner Schriftstellers Uwe Tellkamp zur Flüchtlingspolitik und zum Mediensystem

Als 2008 im Suhrkamp-Verlag Uwe Tellkamps Roman „Der Turm“ erschien, warb der Verlag mit dem Hinweis, dass ein Ostdeutscher, der einem Westdeutschen erzählen will, wie es sich in der untergegangenen DDR lebte, ihm diesen Roman schenken solle. Mit seinem Buch lag Tellkamp voll auf dem politischen Mainstream und wurde natürlich – wie analog in der DDR – hoch dekoriert mit Buchpreis, Deutschem Nationalpreis und anderen. Im Jahr 2012 durfte Tellkamp die Festrede im sächsischen Landtag zum Tag der Deutschen Einheit halten.

Doch als Tellkamp im März 2018 bei einem Diskussionsabend in Dresden das ausdrückte, was große Teile des deutschen Volkes in der Flüchtlingsfrage denken (und zum Teil auch sagen), war dies zu viel. Die meisten Flüchtlinge, so Tellkamp, fliehen nicht vor Krieg und Verfolgung, sondern wandern in unsere Sozialsysteme ein. Und mit den Zuwanderern werde mit dem Islam eine Religion als Politik importiert, die vom Rechtsstaat nichts hält.

Wer den politischen Mainstream verlässt, den muss man auf den Index setzen, sich von ihm distanzieren. Es ist eben leichter, die Einhaltung der Meinungsfreiheit in Russland, China, der Türkei und anderswo zu fordern, aber in Deutschland bestimmen Merkel & Co. und der Suhrkamp-Verlag, wie sich Meinungsfreiheit definiert. Klaus Lindner, 04157 Leipzig

Uwe Tellkamp hat den Finger in die Wunde gelegt, und schon schreiben viele Medien, insbesondere der Suhrkamp-Verlag, empört auf. Hat doch ein profiliertes und bekannter Schriftsteller es gewagt, den „Political-Correctness“-Weg zu verlassen. Aber hat Herr Tellkamp nicht recht, wenn er die Flüchtlingspolitik kritisiert und die Asylgründe vieler Flüchtlinge in Zweifel stellt? Auch die Aussage, dass die linksliberalen Medien jede Kritik an den Pranger stellen und sofort in die Nazi-Ecke verbannen, trifft genau den Kern, der Deutschland immer weiter in die Gesinnungsdiktatur führt. Die ostdeutschen Menschen kennen diese Situation aus DDR-Zeiten und reagieren deshalb sehr allergisch darauf. Einen Hoffnungsschimmer hat man aber, wenn so ein offener Artikel in der LVZ erscheint. Heiner Tilschowske, 04105 Leipzig

Der Lärm am Airport reicht wohl noch nicht?

Zu den Ausbauplänen von Leipzig/Halle zum zentralen deutschen Frachtflughafen

Was ist nur los mit Sachsens Regierenden? Da lassen sie einen viel zu großen Flughafen am Rand einer Großstadt bauen, genehmigen den uneingeschränkten Nachtflug für Fracht und Militär – darüber beschwerten sich Tausende von Anwohnern. Und nun reicht das immer noch nicht. Beim Bau und Betrieb des Flughafens wurden die Bürger betrogen und belogen und durch Versprechen auf Lärmhalbierung verführt. Passiert ist nichts! Das Gegenteil ist der Fall. Der Lärm wird von Jahr zu Jahr mehr. Offensichtlich reicht das noch nicht. Jetzt holt man zum großen Schlag aus, um mit noch mehr Fracht den ausbleibenden Gewinn aus viel zu hoch gepokerten Passagierzahlen auszugleichen. Entscheidend ist für die Anwohner die Tatsache, dass die leiseren Passagiermaschinen nachts nicht fliegen dürfen, die extrem lauten Frachtmaschinen dürfen dies. Was hier angestrebt wird, ist unverschämte und instinktiv gegenüber den Betroffenen. Dieter Halbig, 04158 Leipzig

Ich frage mich, wieso bei der Diskussion um den weiteren Ausbau der Nachtflüge die Schadstoffbelastungen, die insbesondere bei Starts und Steigflügen enorm hoch sind, kaum thematisiert werden. Der Lärm ist tatsächlich schon derzeit oft unerträglich, und das nicht nur im direkten Flughafenumfeld. Auch im 30 Kilometer entfernten Gerichshain können einem diese nächtlichen Ruhestörungen den Schlaf rauben, besonders bei bestimmten Witterungsbedingungen.

Der IG Nachtflugverbot „vordergründige Argumente“ oder gar eine „Propagandalüge“ zu unterstellen (Leserbrief von Dieter Schneider aus Leipzig), halte ich für absolut unangemessen. Angesichts der eher entspannten Arbeitsmarktlage sollte im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung weniger ein imaginärer Zuwachs an Arbeitsplätzen am Flughafen stehen, sondern die ernsthaften gesundheitlichen und klimaschädigenden Auswirkungen dieses nächtlichen Flugwahns. Wachstum ist kein Allheilmittel, vor allem nicht für all diejenigen, die bereits erkrankt sind beziehungsweise dauernd unter den Flugbelastungen leiden. Sigrid Berndt, 04827 Gerichshain

KORREKTUR

Unter der Überschrift „Dank an LVZ-Zusteller“ haben wir auf der vorherigen Leserbriefseite leider den Absender verwechselt. Die Zuschrift stammte von Ursula Springer aus Leipzig. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Heimatland statt Vaterland? Nationalhymne im Leser-Fokus

Zur Debatte um einen geschlechtsneutralen Text der deutschen Nationalhymne

Geschlechtsneutrale Hymne ein verfrühter Aprilscherz

Zuerst dachte ich an einen verfrühten Aprilscherz, unsere Nationalhymne geschlechtsneutral umzuschreiben. Aber am Ende wird klar, dass alles bitterernst gemeint ist. Offensichtlich gibt es in der Bundesregierung genügend freie Spitzen, um solche Testballons zu starten. Mein Vorschlag wäre, eine Regierungskommission einzusetzen, die die deutsche klassische Literatur auf Geschlechtsneutralität überprüft und gegebenenfalls umschreibt. Weiter so, und man braucht sich nicht wundern, dass Deutschland so wählt wie es wählt.

Günther Linke, 04288 Leipzig

Herabsetzungen sind maskulin – wie ungerecht

Mir fallen auf Anhieb diverse Probleme im Land ein, die einer „couragierten“ Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten bedürften. Diese beschäftigt sich aber im Gendern lieber mit Sprach- und Geschichtsklitterung. Dafür kann ich ein weiterführendes Feld empfehlen: Depp, Trottel, BlödmANN und so weiter. Die Mehrzahl der herabsetzenden Alltagsausdrücke sind maskulin; finde ich als Mann richtig ungerecht und änderungsbedürftig. Und in der Literatur sind außer den Machwerken des Herrn von Fallersleben noch reichlich zu überarbeitende Schriften wie der „Struwwelpeter“ unterwegs. Dr. Tilo Haugwitz, 04319 Leipzig

Jeder Mensch hat einen Vater

Ist es denn wirklich ein Problem, wenn in unserer Muttersprache das Wort „Vaterland“ vorkommt? Wenn es um Gleichberechtigung geht, sind doch Wörter das Unwichtigste. Man darf sich wundern, was mancher Frau so alles einfällt. Jeder Mensch hat einen Vater. Also totale Gleichberechtigung. Hans-Georg Radzweit, 04109 Leipzig

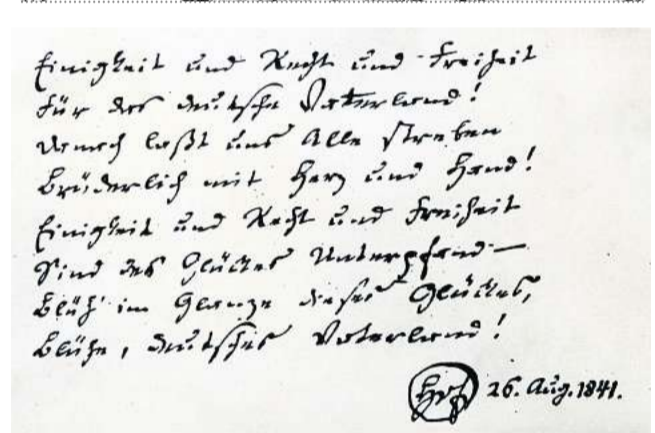
Die Politik sollte sich um soziale Probleme kümmern

Was ist denn nur aus unserem Land geworden. Werke großer Dichter und Denker werden einfach mal so umformuliert, um die Gleichstellung von Mann und Frau mit brachialer Gewalt und ohne viel Überlegung durchzusetzen. Ich dachte erst, es sei ein verfrühter Aprilscherz, denn so viel unsinniges Gedankengut kann doch keiner ernst meinen. Offensichtlich schon, denn Frau Rose-Möhning ist ja der Meinung „... täte ja gar nicht weh, oder?“ Arme Briten – hoffentlich stirbt die Queen nie... Wie wäre es, wenn wir gleich alle geschlechterbezogenen Artikel „der, die, das“ wegließen und somit absolut geschlechtslos eine Sprache schaffen würden, die auch Gleichstellungsbeauftragte abschaffen würde? Ebenso wie den Vaterschaftstest oder den Bundesbürger im Allgemeinen, der derartige Eskapaden mit seinen Geldern bezahlt und der ständigen Diätenerhöhung machtlos gegenübersteht.

Die Politik sollte sich um gleichen Lohn für gleiche Arbeit und um bundeseinheitliche Löhne und soziale Probleme kümmern anstatt derartige hohle Gedanken zu diskutieren und damit bestimmten Gruppierungen im Bundestag noch Wasser auf die Mühle zu gießen. Matthias Gausche, 04357 Leipzig



Blick auf Helgoland: Es war der 26. August 1841, als August Heinrich Hoffmann von Fallersleben auf der damals britischen Insel das „Lied der Deutschen“ schrieb. Mit der Musik von Joseph Haydn ist dessen dritte Strophe die deutsche Nationalhymne. Fotos: dpa/Archiv



mern anstatt derartige hohle Gedanken zu diskutieren und damit bestimmten Gruppierungen im Bundestag noch Wasser auf die Mühle zu gießen. Matthias Gausche, 04357 Leipzig

Deutschland braucht eine völlig neue Hymne

Der Vorschlag von Frau Kristin Rose-Möhning spiegelt das Problem mit der aktuellen Nationalhymne wirklich sehr, sehr „verkürzt.“ Fakt ist doch, dass Text und Melodie der Nationalhymne in der gar nicht so weit zurückliegende deut-

lichen Vergangenheit extrem missbraucht wurden. Und auch aktuell wird sie von nationalistischen Gruppierungen genutzt, sie ist Teil ihres Grundverständnisses von Gesellschaft in diesem rückwärtsgerichteten Sinne. Das Wissen darum bekomme ich aus meinem Kopf nicht heraus. Es fällt mir deshalb nach wie vor sehr schwer, mich mit der aktuellen Nationalhymne zu identifizieren.

Deutschland braucht eine völlig neue Nationalhymne, braucht eine völlig neue Identifikationsbasis. Das ist die Aufgabe! Diese muss drei Aspekte in sich aufnehmen: die Historie angemessen würdigen, progressive Denkhaltungen aus Vergangenheit und Gegenwart repräsentieren sowie zur Weiterführung anzuregen und der Weltoffenheit Raum zu geben. Dazu gehört nach meinem Verständnis auch der Gedankengang von Frau Kristin Rose-Möhning. Dichter und Musikus – frisch ans Werk. Die Zeit ist überreif für etwas fundamental Neues, Gemeinsinn Stützendes! Deutschland hat es bitter nötig!

Gerhard Rohr, 04209 Leipzig

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ins Grundgesetz

Die Gleichstellungsbeauftragte im Bundesfamilienministerium hat wohl nichts anderes zu tun, als per Rundschreiben das Gendern der Nationalhymne vorzuschlagen. Als Arbeitsauftrag würde ich vorschlagen, Frau Rose-Möhning setzt sich dafür ein, dass der gleiche Lohn (maskulin) für die gleiche Arbeit (feminin) in das

Grundgesetz aufgenommen und damit eine seit Langem geforderte Gleichheit hergestellt wird. Hartmut Schönberg, 04209 Leipzig

Neuer Begriff muss her für die „Muttersprache“

Da die Gleichstellungsbeauftragte offensichtlich über zeitliche Kapazitäten verfügt, rege ich an, für den Begriff „Muttersprache“ eine Formulierung zu finden, die mich als Vater nicht diskriminiert und benachteiligt. Mein Vorschlag: „Elternsprache“ oder wenn ein Kind zum Beispiel bei einem alleinerziehenden Vater aufwächst „Sprache des alleinerziehenden Vaters“. Thomas Weidinger, 04416 Markkleeberg

Anderes in einer Zeit voller Probleme wichtig

Wer den Text ändern will, hat die fristlose Kündigung der Wähler verdient. Die Gleichstellungsbeauftragte Kristin Rose-Möhning hat ein Problem mit dem Wort „Vaterland“ und lässt die Katze aus dem Sack, welchen Geistes Kind sie ist. Selbst Frauen aus meinem Bekanntenkreis schütteln mit dem Kopf über so viel Dummheit. Mit ihrem Vorschlag, die Nationalhymne zu gendern, ermet sie und die SPD Häme und Spott. Wer aus der Nationalhymne einen geschlechtergerechten Text macht – aus „Vaterland“ wird „Heimatland“ und statt „brüderlich“ heißt es „couragiert mit Herz und Hand“ – zeigt eine Gegenwartsvergessenheit in einer Zeit voller wichtiger Probleme, die zu einer Bedrohung etablierter demokratischer Systeme geworden sind.

Hat Frau Rose-Möhning nicht ihren Auftrag verstanden? Wie wäre es, sich gegen die Scharia stark zu machen, gegen Mehrehe, Scheidung, Sorgerecht für Kinder oder Erbrechtsfälle nach islamischem Recht. Wie wäre es, sich für die Rechte der Frauen aus anderen Kulturkreisen einzusetzen, die in Deutschland leben, und gegen Ehrenmorde oder Kinderehen. Wer jedoch für Redenschriften oder Zivildienst lange Zeit zuständig war, von dem kann man wohl nicht erwarten, mit dem „Ohr an der Masse“ zu sein. Wolfgang Kleindienst, 07381 Pöbneck

Unverständnis über Unterrichts-Kürzungen

Weniger Sport, Kunst, Musik und Sprachen: Heftige Kritik an den Plänen der sächsischen Koalition

Zum Artikel „Weniger Sport: Antwort auf den Lehrermangel?“ (3./4. März) über geplante Unterrichtskürzungen

Aus der Zeitung erfuh ich vom grandiosen Plan der Kürzung der Wochenstunden Sport – wenn man den Standard nicht halten kann, dann senkt man ihn einfach... Tolle Idee! In meiner Sprechstunde sehe ich täglich Kinder mit Haltungsschwäche – Liegestütze oder sogar nur das Stehen auf einem Bein sind nicht oder nur sehr schlecht möglich. Die motivierten Kinder/Eltern sind im Sportverein – aber die anderen? Wo gelingt denn sonst noch soziale Integration – außer beim Sport?

Ich habe immer gehofft, dass die „tägliche“ Sportstunde eingeführt wird – das wäre auch für die späteren Folgekosten (Stichwort Rückenschmerzen) ein Segen. Aber das interessiert im kurzfristigen/ kurzfristigen Politikerleben niemanden... Da wird eher nach acht Wochen ein motivierter Lehrer als Minister entlassen – weil er neue Ideen hatte und vorher wohl nicht gefragt hatte.

Die „großartige Idee“, gleich noch die Musik- und Kunststunden zu senken – genial. Braucht auch kein Mensch, zumal kein Kind in der fünften Klasse... hat doch Fernsehen/Radio/YouTube – das reicht doch völlig zur Orientierung. Dr. Veikko Ziegler, Orthopäde, 04225 Taucha

Seit Jahren schon sind die Fächer Kunst und Musik in den Klassenstufen 6 bis 9 mit gerade mal einer (!) Wochenstunde eher eine Randerscheinung im Fächerkanon, deren Abdeckung seit Jahren ernste Probleme in den Schulen bedeutet. Was gibt es denn da noch zu kürzen? Der nächste Schritt ist doch wohl allen klar!

Dabei sind es gerade „KuMuSpo“, die den Schülerinnen und Schülern im schulischen Alltag Freude und Begeisterung bereiten, welche für die vielfach gelobte Kompetenzentwicklung die Grundsteine legen und die gleichzeitig auch die wichtigsten Beiträge zur psychischen Entwicklung bei den Lernenden leisten.

Wirft man einen Blick in die Schulen, so stellt man fest, dass es dort kaum noch ausgebildete Fachlehrer/innen gibt und die Turnhallen zum Teil in einem solch miserablen Zustand



Zwei Jungen spielen während des Sportunterrichts Fußball. Foto: dpa

Was für eine absurde Idee! Das widerspricht jedweder Forschung und zeugt von einer Unterschätzung kultureller Werte und deren Bedeutung für das Zusammenleben einer Gesellschaft. Wenn das nicht auch politisch von Bedeutung ist, frage ich mich, wie man politische Bildung definiert. Es müsste heißen „Mehr Sport, mehr Musik und Kunst“, wenn uns an kulturell und umfassend gebildeten Menschen liegt. Das abzuschreiben in den Freizeitbereich bedeutet Ausgrenzung der nicht so Begüterten und wird die Spaltung der Gesellschaft weiter vertiefen und unliebsame Entwicklungen wie zum Beispiel mehr Gewalt, Res-

pektlosigkeit und kulturelle Unbildung fördern. Wohl dem, der seine Kinder in Privatschulen schicken kann, wo solche Fächer nicht als Verhandlungsmasse, sondern als wichtiges Merkmal des Schulprofils gesehen werden.

Birgit Seger, 04416 Markkleeberg

Vor Kurzem wurde ich Zeuge, als sich Schulkinder an einer Bushaltestelle freuten. „Guck mal, was für eine schöne Sonne.“ Nur leider war es der Mond und nicht die „Sonne“, welcher zwar auch im Westen untergeht, aber eben frühmorgens. Ich hoffe nur sehr, dass diese Fehleinschätzung ein Einzelfall ist und nicht mit dem verpflichtenden Schulfach Astronomie zu tun hat, welches im Jahr 2007 in Sachsen gestrichen wurde. Nun sollen wieder Unterrichtsstunden als ein Punkt im Maßnahmenpaket gegen Lehrermangel gestrichen werden.

Es bleibt zu hoffen dass sich in den Fächern Musik, Kunst und Sport keine weiteren Defizite bei unseren Kindern bemerkbar machen. Dass Bildung ein hohes Gut ist, das auf jeden Fall zu fördern ist, ist allemal seit Jahrhunderten und mindestens seit Humboldt bekannt. Die politischen Bemühungen insbesondere der vergangenen Jahre haben gezeigt, wie sehr das Thema in Dresden angekommen ist. Steffen Weber, 04442 Zwenkau

MEIST DISKUTIERT

AUF FACEBOOK

Schneefall: Leipzig. Ein Wintermärchen (1065 Kommentare)

Winter: Rund 90 Menschen bei Schneeballschlacht am Connewitzer Kreuz (1065 Kommentare)

Bewegung: Sachsens Sportlehrer starten Petition gegen Unterrichtskürzung (784 Kommentare)



STIMMEN SOCIAL MEDIA

Die Strafzölle werden nicht vom Konzern gezahlt, sondern auf die Kunden umgelegt, die zahlen einfach einen etwas höheren Preis. Wer sich einen neuen Porsche oder BMW leisten kann, kann sich auch den Zoll leisten.

Martin P. Schumann via Facebook zum Artikel „US-Strafzölle würden Porsche und BMW in Leipzig hart treffen“



Irgendwann können wir vor lauter Plaketten nicht mehr durch die Frontscheibe sehen und somit auch nicht mehr fahren.

Leo Marco via Facebook zum Artikel „Umweltbundesamt verlangt zwei Diesel-Plaketten“



Offen gestanden habe ich nie verstanden, weshalb man bei der Umgestaltung des Leipziger Bahnhofs für den City-Tunnel nicht auch gleich die Straßebahn entweder an den Bahnhof oder an die City verlegt hat.

Michael Wiechert via Facebook zum Artikel „Immer mehr Gedränge – Planer spielen Verlegung von Straßenbahnen durch“



Deswegen bin ich eine Geburtsbegleiterin geworden. Ich liebe meinen Job!

Ralu Winn via Facebook zum Artikel „So können Frauen eine schwierige Geburt verarbeiten“



Eine Entlastung der Schüler kann nur durch eine Entschlackung des Lehrplans erreicht werden, nicht aber durch Stundenreduzierung. Dadurch wird alles nur noch gepresster behandelt und die Schüler (als auch Lehrer) geraten noch mehr unter Druck.

Annabell Heuer via Facebook zum Artikel „Philologen kritisieren Pläne zur Reduzierung des Schulunterrichts“



KONTAKT

So können Sie uns erreichen: E-Mail: Leserbrief@lvz.de Facebook: LVZ Leipziger Volkszeitung Twitter: @LVZ Instagram: lvz.de

Die – meist gekürzten – Briefe, E-Mails und Beiträge geben die Meinung des Absenders wieder und stimmen nicht in jedem Fall mit der der Redaktion überein.